

Angeforderte Wiener Wohnungen.

Aus der Tätigkeit des städtischen Wohnungsamtes.

Die große Wohnungsnot, unter der Wien und seine Bevölkerung schon seit Jahren leidet, steigt von Monat zu Monat. Wenn auch die große Katastrophe völliger Obdachlosigkeit vieler nach dem Kriegsende nach Wien gekommener Familien und Personen infolge der zweckmäßigen Vorkehrungen, die das städtische Wohnungsamt sofort nach der Demobilisierung traf, verhütet werden konnte, ist dennoch mit den vorhandenen Mitteln auf die Dauer kein Auskommen zu finden. Der zuletzt veröffentlichte Monatsbericht weist nur mehr 234 unmobilierte Wohnungen in Wien auf, darunter 205 leerstehende, die als vermietbar gemeldet sind. Das entspricht 0,037 Prozent des gesamten Wohnungsbestandes von 554,545 Wohnungen in Wien und bedeutet gegenüber dem Monat Februar dieses Jahres, in welchem noch 287 leerstehende Wohnungen gemeldet wurden, einen neuerlichen Rückgang. Von den als vermietbar angezeigten Wohnungen ist jedoch ein großer Teil infolge häuslicher Mängel oder großer Feuchtigkeit tatsächlich nicht bewohnbar. Es entfallen auf die Gruppe der Kleinwohnungen 146, der kleineren Mittelwohnungen 23, der größeren Mittelwohnungen 20, der großen Wohnungen 16 Vermietungen. Auch die Zahl der vermietbaren möblierten Wohnungen, beziehungsweise Zimmer und Kabinette ist neuerlich zurückgegangen und betrug Ende März 161, davon 151 zugleich vermietbar. Einen ziemlich bedeutenden Rückgang zeigen die als vermietbar angezeigten Geschäftslokale, während noch im Monat Februar dieses Jahres 2359 Lokale zu vermieten waren, darunter 2251 leerstehende, waren einen Monat später nur mehr 1876 zu vermieten, davon diesen Ziffern die Zahl der Wohnungsuchenden, die sich im städtischen Wohnungsamt einfanden, um Nachfrage zu halten, so stark die Zahl der Besucher, die im Monat März 9225 erreichte, nur über die große Wohnungsnot auf, die teils durch den Mangel an Neubauten während des Krieges, teils durch den Zuzug von Fremden aus den neugebildeten Staaten der alten Monarchie entstanden ist.

Die Anforderungen, die an das Wohnungsamt gestellt werden, sind geradezu unerfüllbar. Unter den nahezu 10,000 Parteien befinden sich sehr viele, die sofort eine Wohnung benötigen, also in erster Linie berücksichtigt werden müssen. Dabei leidet das Wohnungsamt selbst unter dem Mangel an geeigneten Räumlichkeiten und bietet so an sich schon ein getreues Bild unsrer allgemeinen Wohnungsverhältnisse. Die äußerst unzulänglichen Mittel, die dem Amte zur Verfügung stehen, haben den Vizebürgermeister Mag. Winter bei seinem Amtsantritt veranlaßt, eine Reform in dieser Richtung anzukündigen, die ehestens auch ins Werk gesetzt wird.

Die erste Forderung, die für die Wohnungsverhältnisse in Wien in Betracht kommt, ist die Schaffung eines Wohnungsgesetzes. Es handelt sich hierbei darum, daß in dieses Gesetz alle jene Punkte Aufnahme finden, die sich in der Mieterschutzordnung als praktisch durchführbar bewährt haben. Die Mieterschutzordnung, die während des Krieges erlassen und bisher auf unbestimmte Frist verlängert wurde, muß gesetzlich geregelt werden, um so mehr, als es ja wahrscheinlich ist, daß die Gemeinde Wien in Anbetracht ihrer schlechten Finanzlage auch eine Umlagerhöhung wird vornehmen müssen, diese den Hauseigentümern aber nicht die Gelegenheit zu großen Zinssteigerungen bieten darf. Die Uebervälzung der erhöhten Umlagen darf nur in jenem Ausmaße erfolgen, als sie den tatsächlichen Verhältnissen der Wohnung in Bezug auf Größe und Mietzins entspricht, wobei auch die vom Hause Herrn selbst bewohnte Wohnung in die Aufstellung einbezogen werden muß. Diese Hauptaufgabe des Wohnungsamtes dürfte ehestens gelöst werden.

Eine andre Tätigkeit des Wohnungsamtes bildet die Anforderung von Schlössern und Palästen innerhalb des Gemeindegebietes von Wien. Die bisherigen Ergebnisse sind keineswegs sehr günstig. Paläste sind nach ihrer ganzen Anlage schlechte Wohnungsverhältnisse, denn viele von ihnen haben große Repräsentationsräume, und diese sind wohl sehr geschmackvoll ausgestattet, in praktischer Hinsicht jedoch ungeeignet. Nachdem also das Ergebnis dieses Teiles der Wohnungsanforderungen den Erwartungen, die in der Allgemeinheit gehegt wurden, nicht zu entsprechen scheint, muß das Wohnungsamt daran denken, auch alle Wohnungen anzufordern, die über vier Zimmer zählen, nicht von der genügenden Anzahl Personen bewohnt werden, mithin zu den großen Wohnungen gehören. Auch diesbezüglich bestehen nur schwache Hoffnungen. Vielfach sind solche große Wohnungen als Büroräume verwendet, so zum Beispiel von Advokaten, Ärzten, Modistinnen usw., die ihren Beruf anschließend an ihre Wohnung ausüben, und so läßt sich kaum erwarten, daß mehr als 4:8 Prozent aller Großwohnungen in Wien, deren auf Grund der Wohnungszählung 26,956 bestehen, für die gedachte Anforderung in Betracht kommen.

Auch die Angelegenheit leerstehender Kasernen und von den Liquidierungskommissionen noch benützter Büroräume spielt in der Wohnungsfrage eine nicht unbedeutende Rolle. Vielfach wird von verschiedenen Seiten der Wunsch geäußert, daß diese Räumlichkeiten endlich ihrem eigentlichen Zweck, der regelmäßigen Bewohnung, wieder zugeführt werden, und aus Zuschriften, die an uns gekommen sind, entnehmen wir, daß die Errichtung von Kanzleibarracken angeregt wird. Die Hauptanstalt für Sachdemobilisierung hat noch tausende gute Baracken, die ohne besonderen Aufwand an Baumaterial zu Kanzleien hergerichtet werden könnten. Demgegenüber wird vom Wohnungsamt der Stadt Wien entgegengehalten, daß sowohl Kasernen als auch militärische Kanzleien gründlich umgebaut werden müßten, um für Wohnzwecke zu dienen.

Die ersten Anzeichen einer Besserung zeigen sich in dem Bau für Kleinwohnungen, der in der vorigen Woche begonnen hat. In der Lengenfeldgasse in Meidling werden die ersten vom Gemeinderat bereits beschlossenen Kleinwohnungen entstehen, die, modern eingerichtet, allen technischen und hygienischen Anforderungen bei mäßigem Zins entsprechen dürften. Sobald der Bezug von Materialien erleichtert werden kann, soll der Bau von Kleinwohnungen auch in andern Wiener Bezirken und Bezirksstellen, so auf der Schmelz, in Margareten, in Döbling in Baumgarten und Penzing, in der Brigittenau und Floridsdorf, folgen.